



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
 Fernsprecher 21831-33
 Fernschreiber 0 836 890

P/XV/84 - 9. April 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Politische Zwischenbilanz der Haushaltsberatung</u> Von H.G. Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses	99
3	<u>Strauß und die "Weltgeschichte"</u> Randbemerkung zum Thema "atomare Bewaffnung"	20
3	<u>Längst überfällig gewesen</u> Oberländer	23
4 - 5	<u>Wie lange noch, Mr. Verwoerd ?</u> In Südafrika droht das Chaos	75
6 - 7	<u>Studenten in der "DDR"</u> Unfreiheit - Grundlage des Hochschulwesens	69

* * * *
 * * *

Politische Zwischenbilanz der Haushaltsberatung

Von H.G. Ritzel, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses

Man kann nicht behaupten, daß die Beratungen des Deutschen Bundestages zum Bundeshaushalt 1960 bisher unter einem glücklichen Stern gestanden haben. Nach mühseligen Verhandlungen, die sich monatelang im Haushaltsausschuß hingezogen hatten, wurde von diesem Ausschuß ein Ausgleich gesucht und gefunden, um einen Aufwand von rund 42 Milliarden DM in Einnahme und Ausgabe zu balancieren. Von Anfang an hatte die Bundesregierung es versäumt, die richtigen Ansätze in entscheidenden Fällen auszubringen, so daß schließlich der Haushaltsausschuß gezwungen war, auf Grund von Vorschlägen des Finanzministers einen Ausgleich - zum größten Teil in Gestalt erhöhter Steuererwartungen und einer 10%igen Kürzung aller kürzbaren Ausgaben - zu suchen. In dieser Fassung ging der Bundeshaushalt zur Beratung an das Plenum.

Von der ersten Stunde an standen die Beratungen nicht unter dem an sich notwendigen Verlangen nach Einigung und Zusammenarbeit. Der Machtblock der CDU betätigte sich am laufenden Band. Alle konstruktiven Vorschläge und Anträge der SPD wurden niedergestimmt. Wenn je, dann hat sich bis jetzt bei diesen Haushaltsberatungen die CDU als die Partei der Weinsager erwiesen. Sie ist in ihrer Konstruktion festgefahren und verhält sich gegenüber jeder anderen Lösung steril.

Im Interesse der Überlastung der Ausschüsse und des Plenums waren die Sozialdemokraten nicht leichten Herzens bereit, größte Disziplin zu üben, um die Beratung vorwärts zu bringen. In diese gute Absicht schlug der Geschäftsführer der CDU, Rasner, die erste Bresche. Getragen von unqualifizierten Angriffen sprach dieser Abgeordnete zum Etat des Bundeskanzlers in einer Weise und in einer Breite, die sich auf die ganzen Beratungen unheilvoll auswirken mußten.

Einen weiten Raum nahm die von dem Sozialdemokraten Erlar glänzend geführte Auseinandersetzung mit dem Bundeskanzler ein, der, ohne sachlich viel zu sagen, im wesentlichen mit Späßen verschiedenster Qualität einen sehr bereitwilligen Beifall seiner Fraktion auslöste. Die von den ganzen Hause erwartete genaue Berichterstattung über die Ergebnisse seiner "kleinen Weltreise" blieb aus.

Die Sozialdemokraten ließen es sich angelegen sein, zugunsten einer besseren Dotierung der Beamtengehälter zu intervenieren. Sie sprachen in einem begründeten Antrag dem früheren Beginn der Rentenreform der Kriegsoffer das Wort. Sie machten durch Professor Dr. Bechert und Frau Annemarie Renger wertvolle Anregungen auf dem Gebiete des Bevölkerungsschutzes. Aber was immer beantragt wurde, fand keine Gnade vor den Augen der kompakten Majorität, in deren Raum sich die DP nur als fünftes Rad am Wagen erwies. Sogar ein Antrag für zwanzig alte jüdische Flüchtlinge, die auf Grund ihrer schrecklichen Erlebnisse und der Auslöschung ihrer Familien niemals mehr nach Deutschland zurückkehren wollen und für die die Sozialdemokraten die Errichtung eines Altersheimes in Brüssel durch einen bescheidenen Bundes-

beitrag anstreben, verfiel mit fadenscheiniger Begründung der Ablehnung.

Das Rededuell, das zwischen dem Sozialdemokraten Dr. Deist und dem Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Erhard aus Anlaß der Behandlung des Haushalts des Bundeswirtschaftsministeriums entbrannte, lieferte einmal mehr den Beweis dafür, daß in manchen Fragen Minister Erhard mehr Unterstützung bei den Sozialdemokraten findet als bei seiner eigenen Fraktion. Im übrigen aber zeigte auch Minister Erhard, daß er nicht willens ist, sich den gründlichen Überlegungen der Sozialdemokraten zu erschließen.

Sehr scharfe und unwiderlegbare Kritik fand die Finanzpolitik der Bundesregierung durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Seuffert, der in schlüssiger Weise die tatsächlichen und erhaltbaren Verhältnisse auf dem Gebiete der Bevorzugung einzelner Steuerpflichtiger und die Rückständigkeit der derzeitigen Finanzpolitik nachwies.

In Abwesenheit des Bundesverkehrsministers wurde der Etat seines Hauses durch die Abgeordneten Ritzel, Dr. Bleiß und Kramer einer ebenso sachlichen wie kritischen Betrachtung unterzogen. Die Probleme der Bundesbahn und damit das Problem Schiene und Straße, die Aufwendungen für den Straßenneubau und - Unterhaltung sowie das recht komplexe Problem der Deutschen Luftfahrt und der sich entwickelnden Air-Union begegneten in manchen Teilen des Hauses gespannter Aufmerksamkeit und gab Veranlassung, bald eine gründliche Überlegungen anzuregen. Es war ein Anliegen der Sozialdemokraten, eine Verständigung und Zusammenarbeit über die Air-Union zu wünschen und insbesondere das heutige Spannungsverhältnis zur Luftfahrt der skandinavischen Staaten einer Besserung zuzuführen.

Bundesinnenminister Dr. Schröder hatte es schwer, den kritischen Bemerkungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Schäfer auf dem Gebiete der Notstandsgesetzgebung, der bundespolitischen Bildungsaufgaben und der Förderung der Wissenschaft standzuhalten.

Am vorläufig letzten Tage der Etatberatung entspannten sich scharfe Auseinandersetzungen zwischen Dr. Fritz Schäfer und dem Bundesverteidigungsminister Strauß, die vermutlich in der dritten Beratung ihre Fortsetzung finden werden.

Nachdem die Sozialdemokraten in Zusammenhang mit der beabsichtigten Beratung des Haushalts des Bundesvertriebenenministers einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung des früheren Verhaltens des heutigen Ministers Oberländer seit 1933 eingebracht hatten, fanden hinter den Kulissen Verhandlungen statt, die zu einem Erfolg der Sozialdemokraten insofern führten, als Minister Oberländer zunächst in Urlaub geht und nach Erklärungen des Bundeskanzlers anschließend seinen Rücktritt nehmen wird. Unter diesen Umständen stimmten die Unterhändler der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion einer Vertagung der Beratung des Haushalts des Bundesvertriebenenministers zu. Dieser Haushalt wird zusammen mit der dritten Beratung des ganzen Etats am 5. Mai 1960 erfolgen.

Der Haushaltsausschuß hat ca. 50 Millionen DM eingespart. Nach dem bisherigen Verlauf der Beratungen ist anzunehmen, daß trotz Ablehnung aller Anträge der Sozialdemokraten der Bundestag eine weitere Erhöhung der Endsumme beschließen wird, obwohl noch nicht einmal genügend Mittel für die notwendigen Erhöhungen der Beamtensolowage und der Leistungen zugunsten der Kriegsoffer vorgesehen sind. Eine endgültige Beurteilung der Haushaltsberatung wird erst nach Abschluß der dritten Beratung und nach Verabschiedung des Haushaltsgesetzes Anfang Mai möglich sein.

Strauß und die "Weltgeschichte"

sp - Bundesverteidigungsminister Strauß genießt bei manchen Leuten den Ruf, geschickt und mit Umsicht seine Ansichten zu vertreten. Mitunter behauptet man sogar von ihm, er mache sich absichtlich klein, um später einmal um so größer erscheinen zu können. Aber manchmal geht dem Franz Josef Strauß doch der Gaul durch, und dann wird spürbar, was in dem Mann wirklich steckt. Als es am Freitag bei den Etatberatungen um die Atombewaffnung der Bundeswehr ging und die Sozialdemokraten die Ausgabe von Mitteln für Atomwaffen ablehnten, meinte Strauß in der Hitze des Gefechts, man könne Weltgeschichte nicht durch einschränkende Zusatzbemerkungen zu einem Haushaltstitel machen. - Umgekehrt: Herr Strauß will mit der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr Weltgeschichte machen. Gerade das hat uns einige Wochen vor der Gipfelkonferenz noch gefehlt! Da wird in Genf und an vielen anderen Brennpunkten der internationalen Politik über Abrüstung, Rüstungsbeschränkungen und Stop der Atomwaffenversuche geredet, und ausgerechnet in Bonn spricht der Verteidigungsminister von "Weltgeschichte" im Zusammenhang mit der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Hoffen wir, daß dieser bezeichnende Gedankensprung des Verteidigungsministers nicht allzu bekannt wird; diese Art von Weltgeschichte, die wir hin und wieder zu machen glaubten, ist uns nie gut bekommen.

+ + +

Längst überfällig gewesen

sp - Die Frucht Oberländer war schon lange reif, nun ist sie gefallen. Noch vor wenigen Tagen hatte das Kabinett Adenauer dem Minister für Vertriebene und Flüchtlinge sein "volles Vertrauen" ausgesprochen. Diese Blöße hätte sich die Bundesregierung nicht geben sollen. Der Sturm gegen Oberländer war inzwischen zum Orkan geworden, und einsichtige Männer innerhalb der CDU/CSU taten das Klügste, was sie tun konnten: sie bewogen den Kanzler, sich von einem Manne zu wenden, der niemals hätte Bundesminister werden dürfen. Zum ersten Male in der Geschichte der Bundesrepublik ist es der Opposition gelungen, einen äußerst widerstandsfähigen Minister zum Rücktritt zu zwingen.

Von Oberländer selbst, ^{der} vielgewandten und Wandelbaren, war ein solcher Schritt freiwillig nicht zu erwarten. Er stellte das Interesse seiner Person über das seiner Partei und der jungen deutschen Demokratie. Sein bevorstehendes Ausscheiden aus der Bundesregierung ist ein Sieg des Moralischen in der Politik. Die Frage bleibt allerdings, warum die CDU und vor allem der Bundeskanzler nicht schon früher Oberländer in die politische Wüste gesandt haben. Dieser Mann trug der CDU keine Ehre ein, er war und ist eine schwere Belastung für die Bundesrepublik, er hat viel mehr uns in In- und Ausland geschadet, als sich heute übersehen läßt. Man wird in Zukunft aufmerksam verfolgen müssen, welche Folgerungen der ehemalige Minister für Vertriebene aus seinem politischen und moralischen Debakel zieht. Der Umstand, daß er mit Zustimmung der Kanzlerpartei Bundestagsabgeordneter bleibt, gibt sehr zu denken...

+ + +

Wie lange noch, Mr. Verwoerd?

E.D.- Mit ungehörter Brutalität übt die Polizei der Südafrikanischen Union die ihr vom Ministerpräsidenten verliehenen Ausnahmerechte aus. Tausende von Unionsbürgern schwarzer und brauner Hautfarbe füllen die Läger und Gefängnisse. Vorübergehend scheint das Massaker mittels von Maschinengewehren eingestellt zu sein. An die Stelle aber trat die organisierte Attacke mit der Rindschhautpeitsche. Es wird geschlagen, getreten und eingekerkert. Angesichts der unbändigen Woge von Freiheitswillen und Drang nach staatlicher Selbstbestimmung, von den afrikanischen Erdteil von Algerien bis tief in den Kongo hinein erfasst hat, nimmt sich die Anmassung der Clique von Pretoria, ein System rassistischer Suprematie konservieren zu wollen, lächerlich und - unter geschichtlichen Aspekten gesehen - vergeblich aus. Aber auch die historische Lächerlichkeit kann grausam und voll entsetzlicher Folgen sein.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat mit der Stimme der Vereinigten Staaten von Amerika und unter Stimmenthaltung Grossbritanniens und Frankreichs das Vorgehen der weissen Regierung Verwoerd verurteilt und die Union aufgefordert, ihre Politik der Rassentrennung und Rassenunterdrückung aufzugeben. Wer die geübten Praktiken der fortgesetzten Nichtachtung von UN-Aufforderungen und Beschlüssen durch Südafrika kennt, weiss, dass auch in diesem Falle ein Eingehen auf die Machtworte des Sicherheitsrates nicht zu erwarten ist. Aber entscheidend dürfte sein, dass zum ersten Mal in einem konkreten Fall die Vereinten Nationen eine Mitgliedsregierung wegen rassistischer Unterdrückung gemassregelt haben.

Es ist kein Zweifel mehr möglich: die Vorgänge der letzten Wochen haben Südafrika in der Welt isoliert. Jede Stunde, die verstreicht, ohne dass eine Änderung in der Einstellung gegenüber den Negern, Indern und Mischlingen vollzogen wird, nagt am Prestige des Landes und seiner Regierung. Eine Hilfe moralischer Art, so wie sie Verwoerd von London erhofft hatte, ist von der überwiegenden Zahl der westlichen Staaten nicht zu erhoffen. Die Vormacht des atlantischen Bündnisses, die USA, hat unmissverständlich Partei für die Negerbevölkerung und gegen das Unrecht ergriffen, und dies auf die zu erwartende Gefahr hin, sich in der Gesellschaft der Sowjetunion und des Ostblocks zu befinden. Als einzige Regierung der Welt hat die amerikanische durch das State Department das gegenwärtige Polizeiregime am Kap der Guten Hoffnung verurteilt. Washington hat klar erkannt, dass ganz Afrika unwiderbringlich für eine offene Zusammenarbeit mit den Nationen des demokratischen -5-

Westens verloren wäre, würde dieser sich vor einer klaren und eindeutigen Stellungnahme drücken. Der Westler kann nicht das Vorgehen des kommunistischen Chinas in Tibet, das der Sowjetunion in Ungarn vorkommen, wenn er nicht gleichzeitig auch Ereignisse wie in der Südafrikanischen Union verurteilt und sie abzustellen bemüht ist. Das Unrecht und die blutige Gewalt sind gleich und können nicht je nach der ideologischen Vorteilhaftigkeit eingeteilt und bewertet werden. Wer dies vorkennt, hat sich innerlich vom Westen losgesagt, auch wenn er der Form halber sich ihm zugehörig erklärt.

Die geistigen Väter der derzeitigen Regierung Verwoerd sind die Rassentheoretiker des europäischen Nationalismus und Faschismus, begonnen mit Gobineau und H.St. Chamberlain, auf der einen Seite, und die bibelwütigen Falschinterpreten der Reformierten Kirche am Kap auf der anderen. Echtes und wahres Christentum hat mit dieser Religionsgemeinschaft nichts mehr zu tun.

Man muss sich darüber im klaren sein, dass die Union aber auch die letzten Chancen verspielt, der weissen Minderheit einen gleichberechtigten Platz in einem dereinst viel-rassigen südafrikanischen Staatswesen zu verschaffen. Sie hat den Rassenhass gesät und erntet nun das Chaos eines blutigen Kampfes zwischen Rassen, deren Ausgang nahezu feststeht: nämlich die Vertreibung der Weissen.

Es gibt Gerüchte, die von einer Fronte innerhalb der Nationalisten Verwoerds sprechen und eine mögliche Regierungsbildung durch sog. "gemässigte" Nationalisten und die augenblickliche Opposition heraufziehen sehen. Noch weiss man nicht, was an ihnen Wahres ist. Aber eine Ablösung Verwoerds müsste bald geschehen, ehe sich die Fronten so verhärtet haben, dass ein Miteinandersprechen der Rassen nicht mehr möglich ist. Der Einfluss der Negerführer, die für eine "Lösung auf lange Sicht" plädiert hatten schwindet immer mehr. An ihre Stelle treten radikale und revolutionäre junge Negerpolitiker, deren vor allem der Anhang der riesigen schwarzen Arbeiterlager sicher ist. In seiner Verblendung tut der Ministerpräsident alles, was die Macht der Radikalen noch verstärkt. Denn er sperrt die gemässigten Negerführer ein und lässt so ein gefährliches Vakuum entstehen.

Wie lange er noch dieses Spiel mit dem Feuer eines afrikanischen Rassenkampfes treiben wird, weiss niemand. Jedoch müsste er gestoppt werden, ehe es zu spät ist.

Studenten in der "DDR"

Zum 6. Deutschen Studententag in Berlin hat der Verband Deutscher Studentenschaften eine Dokumentation zu Fragen des Bildungs- und Erziehungswesens in der "DDR" vorgelegt. Aus ihr geht die ganze Tragik der Hochschulen und ihrer Angehörigen im geteilten Deutschland hervor.

C.M. - Am späten Nachmittag des 4. April, als die ersten Zuhörer das Auditorium Maximum der Westberliner Freien Universität verlassen, steht vor dem Eingang ein junger Mann und verteilt Flugblätter. Sie enthalten einen offenen Brief des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend (FDJ) an die Teilnehmer des 6. Deutschen Studententages.

Die abgedroschenen Schlagworte vom "westdeutschen Revanchestaat", der "Vorbereitung zum Angriffskrieg in der Bundesrepublik", der "friedliebenden DDR" bieten den westdeutschen Studenten nicht viel Neues. Elogen und Dichtung vermischen sich im wohlbekannten Stil des "Neuen Deutschland" zu einem fadenscheinigen Gebräu.

"Mit Hilfe des numerus clausus wird der ohnehin schon durch das Bildungsprivileg beschränkte Zugang der westdeutschen Jugend zu den Hochschulen noch weiter verengt", schreibt die FDJ, ohne Rücksicht darauf, daß in der "DDR" bei weitem nicht jeder studieren kann.

Vorrangig werden in der "DDR" solche Studienbewerber zum Studium zugelassen, die durch eine gehörige Portion "sozialistischer Moral" und durch ein feierliches Bekenntnis zur Politik der "DDR" ihre "Eignung zum Studium" unter Beweis gestellt haben. Aus einer Verpflichtungserklärung, die Studienbewerber bei ihrer Immatrikulation an der Leipziger Universität unterschreiben mußten, geht dies noch deutlicher hervor: "Ich übernehme die Verpflichtung, die Politik der Regierung der DDR aktiv zu unterstützen!"

Nicht nur durch die Immatrikulationsbestimmungen soll die "sozialistische Umgestaltung der Hochschulen" erreicht werden, die SED selbst behält sich ihre Zustimmung für das Studium jedes Einzelnen ausdrücklich vor. Um festzustellen, ob ein Bewerber "empfohlen" werden kann, wird an jeder Oberschule eine Kommission gegründet, die über jede Zulassung entscheidet. Dieser Kommission gehören unter anderem der Sekretär der Oberschulparteileitung der SED und der FDJ-Sekretär der Oberschule an.

Leninismus und Marxismus in Theorie und Praxis ist für alle Studenten an DDR-Hochschulen Pflichtfach; eine fünfstündige Klausur zu diesem Fach gehört zum Staatsexamen. Und man gibt die Ziele offen zu: "Es kommt bei der Verwirklichung der Lösung: Sozialistisch arbeiten, lernen und leben vor allem auf die Aneignung der sozialistischen Moral und Ideologie an". (Horst Kutscher im FORUM XIII). Zum Lehrplan gehört ferner ein praktisches Jahr in der "sozialistischen Produktion", wer nicht daran teilnehmen will, verliert sein Stipendium, auf das 99 Prozent der DDR-Studenten angewiesen sind.

Seit dem 8. Mai 1945, der für einen Teil Deutschlands den zweiten Versuch einer Demokratie, für den anderen Teil aber weitere Jahre der Unterdrückung und der Unfreiheit brachte, sind 1 026 Studenten verhaftet oder verschleppt worden. 40 von ihnen haben die Strapazen nicht ausgehalten und ihr Bekenntnis zur Freiheit mit dem Leben bezahlt. Zur Zeit verbüßen noch 289 Hochschulangehörige ihre Strafen in ostzonalen Gefängnissen und Zuchthäusern.

Welche Begründungen diesen Strafen zugrunde liegen, wird klar bei einem Blick in das ostzonale Strafgesetzbuch, das völlig neue Begriffe eingeführt hat. Boykotttätze, Aufforderung zur Republik, Flucht, Staatsverleumdung, Verbreitung staatsgefährdender Gerüchte sind Tatbestände, aufgrund deren Studenten zu Freiheitsstrafen von über zehn Jahren verurteilt worden sind.

Der 6. Deutsche Studententag stand unter dem Motto: "Abschied vom Elfenbeinturm", ein Untertitel forderte den "Mut zur Politik". Der Verband Deutscher Studentenschaften hat bereits im Februar ein gesamtdeutsches Bildungsprogramm vorgelegt, mit dessen Hilfe die Studenten in Westdeutschland zu einer politisch aufgeschlossenen Haltung bewegt werden sollen. Angesichts des Terrors, den ihre Kommilitonen in der SBZ zu ertragen haben, sollten es sich Westdeutsche Studenten überlegen, ob, wie Willy Brandt es in der Kongresshalle sagte, die "Pflicht zur Politik" nicht auch für sie gilt. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel